



**Monsieur le Ministre du Développement durable et des Infrastructures**

**L – 2940 Luxembourg**

Luxemburg, den 7. Oktober 2011

Sehr geehrter Herr Minister,

Auf der kommenden Ratstagung der EU-Umweltminister werden Sie die nächsten Schritte der EU bezüglich der UN-Klimakonferenz in Durban diskutieren. Damit die Grundlagen für ein faires, ambitioniertes und rechtlich bindendes globales Klimaschutzabkommen geschaffen werden können, appellieren die in der Initiative Votum Klima zusammengeschlossenen Organisationen an Sie, sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union eine starke Position zu den folgenden drei Themen, die in Durban auf der Tagesordnung stehen, einnimmt.

**Eine zweite Phase des Kyoto-Protokolls, damit die Fortsetzung verbindlicher globaler Klimaschutzmaßnahmen gewährleistet wird**

Votum Klima ist der Meinung, dass es im eigenen Interesse der EU ist es, eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls sicherzustellen und damit das einzige rechtsverbindliche Instrument mit Emissions-Reduktionszielen und Zeitplänen zu erhalten. Zudem wollen wir daran erinnern, dass die ökologische Integrität der Mechanismen, die die Landnutzung, die Forstwirtschaft, die flexiblen Mechanismen und die überschüssigen Emissionsrechte (AAUs) regeln, letztendlich in der Verantwortlichkeit der Länder liegen wird, die an der nächsten Phase des Kyoto-Protokolls teilnehmen werden.

Die Vereinbarungen zu einer zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls müssen dahingehend ergänzt werden, dass sich die Regierungen in Durban auf ein Verhandlungsmandat einigen, welches einen Zeitplan für ein globales rechtsverbindliches Instrument enthält, welches im Einklang mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ist und die Prinzipien der UNFCCC in Punkto Klimagerechtigkeit und der historischen Verantwortung der Industrieländer beim Klimaschutz berücksichtigt. Dies ist erforderlich, damit wir einen glaubwürdigen Weg beschreiten können, der zu globalen Emissionsreduktionen von mindestens 80% im Jahr 2050 führt.

## Schließen der Gigatonnen-Lücke

Trotz der Einigung in Cancún, dass alle Industrieländer die Anstrengungen zur Reduzierung ihrer Emissionen erhöhen müssen, hat sich das Klimaschutzziel der EU seitdem nicht verändert. Die wirtschaftliche Krise hat die Kosten für das Erzielen eines 30%- oder eines höheren Reduktionsziels erheblich reduziert. Die EU würde sich durch eine unilaterale Erhöhung ihres Reduktionsziels auf das notwendige Niveau - mindestens 40% bis 2020 im Vergleich zu 1990 - auf einen Weg bringen, der letztendlich unausweichlich ist, und damit die Vorreiter-Vorteile für die europäische Wirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Vorteile für den Gesundheitsschutz sichern.

Wir fordern die EU auf, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten, damit ein gemeinsames Verständnis über die Größe der Gigatonnen-Lücke geschaffen wird und damit sich die Länder darüber verständigen, wie diese Lücke geschlossen werden kann, z.B. durch ehrgeizigere Reduktionszusagen, Gewährleistung der ökologischen Wirksamkeit der Kyoto-Instrumente und durch die Berücksichtigung der Emissionen aus der internationalen Luft- und Seefahrt.

## Aufstockung der Klimaschutzfinanzierung im Zeitraum 2013 bis 2020

In Durban sind Fortschritte bei der Schließung der Finanzierungslücke von essentieller Wichtigkeit, um den Verhandlungsstillstand bei einer Reihe von Themen zu durchbrechen. Die EU muss sich dafür einsetzen, dass ein Fahrplan zur Aufstockung der Finanzmittel für den Klimaschutz von 10 Milliarden Dollar im Jahr 2012 auf 100 Milliarden Dollar im Jahr 2020 beschlossen wird. Des Weiteren sollte die EU ein Angebot für neue und zusätzliche öffentliche Klimaschutzgelder für den Zeitraum 2013-2015 vorlegen. Reguläre Budgetmittel werden nicht ausreichend sein, daher müssen Entscheidungen getroffen werden, wie die erfolgversprechendsten Finanzierungsmöglichkeiten für zusätzliche öffentliche Klimaschutzgelder mobilisiert werden können. Die EU sollte eine führende Rolle bei der Vereinbarung von Regeln für einen fairen globalen Kohlenstoff-Preis im internationalen Transport übernehmen, deren Einnahmen sowohl für den Green Climate Fund als auch für die Vermeidung von negativen Auswirkungen in den Entwicklungsländern eingesetzt werden sollen. Weitere Vorschläge wie eine Finanztransaktionssteuer liegen ebenfalls auf dem Tisch, und wir fordern die Minister auf sicherzustellen, dass durch solche Maßnahmen erhebliche Gelder für den Klimaschutz zu Hause wie auch in den Entwicklungsländern generiert werden.

Votum Klima ist davon überzeugt, dass die Europäische Union eine zentrale Rolle bei der Gestaltung eines globalen Klimaschutzabkommens spielt, insbesondere wenn sie in der Lage ist, eine Führungsrolle zu spielen und die Tagesordnung mitzubestimmen. Eine Voraussetzung hierfür ist der frühzeitige Beschluss unilateraler, klarer und ambitionser Positionen.

Mit den besten Grüßen,



Für Votum Klima  
Martina Holbach

Kopie zur Information an Monsieur le Ministre délégué au Développement durable et aux Infrastructures